

2003 Landtagswahl in Bayern

Wir haben im September die Wahl ...
und stimmen für höhere und nachhaltige Investitionen in die Zukunft von Kindern und Jugendlichen.

Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) in Bayern sieht seine Hauptaufgabe in der Interessenvertretung für die Belange von Kindern, Jugendlichen und junge Erwachsenen. Dabei legen wir großen Wert darauf Kinder und Jugendliche als Mädchen und Jungen, als junge Frauen und junge Männer mit je eigenen Wünschen, Interessen und Bedürfnissen wahrzunehmen.

Wir wollen hier zu verschiedenen Themenfeldern unsere Positionen deutlich machen und einfordern, auch wenn diese Positionen im Ganzen nicht von einzelnen Parteien vertreten werden. Wichtig sind uns zur Landtagswahl auch bundespolitische Themen, wir fordern die bayerischen PolitikerInnen auf, hier ihren Einfluss geltend zu machen.

1. „Learning by doing“

Die Erfahrung katholischer Jugendverbände ist es, dass Kinder und Jugendliche ihre Interessen, Themen und Probleme selbst aktiv anpacken und mit Erfolg an deren Umsetzung und Lösung mitarbeiten. In allen katholischen Jugendverbänden bestimmen Kinder und Jugendliche das Geschehen in den Gruppen mit und wählen u.a. ihre Gruppenleitungen und Verbandsleitungen. Das Grundprinzip der Selbstorganisation wird so zum Lernfeld für Demokratie. Politische Bildung ereignet sich im Alltag der Gruppe.

Der größte Teil der pädagogischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen erfolgt durch freiwilliges unentgeltliches ehrenamtliches Engagement der GruppenleiterInnen. Empirische Untersuchungen zum Internationalen Jahr der Freiwilligen, wie z. B. der Freiwilligensurvey 1999 des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend haben gezeigt, dass Jugendliche in hohem Maße, stärker als andere Bevölkerungsgruppen, freiwillig tätig sind.

Die Aufgaben für die Jugendarbeit in Bayern steigen von Jahr zu Jahr. Gleichzeitig sind 2001 die Mittel für Jugendarbeit um 2,36 Mio. € gekürzt worden. Der Doppelhaushalt 2003/2004 sieht weitere Kürzungen von 1,3 / 2,1 Millionen € vor. Für Baumodernisierung, Renovierung und Neubauten im Bereich des Kinder- und Jugendprogramms wurden 130 Anträge mit einem Finanzierungsbedarf von 18 Mio. gestellt, zu deren Finanzierung stehen aber nur 3 Mio. € jährlich zur Verfügung. Dies bedeutet, dass die Jugendarbeit auf allen Ebenen in ihrer Substanz gefährdet ist, sowohl durch mangelnde Ressourcen für nachgefragte pädagogische Maßnahmen (z.B. Jugendbildungsmaßnahmen), als auch durch teilweise nicht verantwortbare räumliche Zustände.

Wir haben die Wahl und stimmen für ...

- eine bessere gesellschaftliche Anerkennung des freiwilligen ehrenamtlichen Engagements von jungen Menschen. Dazu gehört u.a. die positive Wertschätzung der durch das Engagement erworbenen Schlüsselkompe-

tenzen sowohl in der Schule als auch bei der Suche nach einem Ausbildungs- und Arbeitsplatz.

- die Berücksichtigung von ehrenamtlichem Engagement bei der Vergabe von Studienplätzen, und für entsprechend verlängerte Regelstudienzeiten für Ehrenamtliche und die davon abhängige Bafög-Höchstdauer.
- eine großzügige Handhabung der Freistellungsmöglichkeiten für freiwilliges Engagement.
- mehr Partizipation von Kindern und Jugendlichen und ihren verbandlichen Zusammenschlüssen bei allen politischen Entscheidungen, die deren Interessen berühren.
- eine solide Grundfinanzierung der Aktivitäten und Organisationsstruktur der Jugendarbeit in Bayern. Hierbei kommt dem personalen Angebot von hauptberuflich in der Jugendarbeit Tätigen, als Grundlage des pädagogischen Handelns eine zentrale Bedeutung zu. Des weiteren gehört auch ein vernünftig ausgestattetes Netz an Räumlichkeiten und Einrichtungen, die an den unterschiedlichen Bedürfnissen von Mädchen und Jungen orientiert sein sollen, und in denen Ehrenamtliche und Hauptberufliche zusammen mit Kindern und Jugendlichen ihre Freizeit selbstorganisiert gestalten und verbringen können.
- eine Jugendarbeit, in der Aktivitäten von freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe und deren Finanzierung Vorzug genießen vor Angeboten öffentlicher Träger.

2. Jugendarbeit ist Bildung - Bildung ist mehr als Schule

Sehr häufig wird der Begriff Bildung lediglich der Schule zugeordnet. Dabei wird übersehen, dass gerade die außerschulische Bildung, die in der Jugend(verbands)arbeit stattfindet, Merkmale aufweist, die durch die Pisa-Studie als besonders wichtig erkannt werden: Freiwilligkeit und Selbstorganisation beim Lernen, Spaß und Bildung stehen miteinander in Beziehung, Chancengleichheit, Lebensweltnähe, soziales Lernen und Befähigung zu politischem Handeln stehen im Mittelpunkt. So bieten beispielsweise das FSJ und das FÖJ Jugendlichen ein Modell des Lernens und der Orientierung, das in der deutschen Bildungslandschaft einzigartig ist.

Unterschiedliche Untersuchungen haben festgestellt, dass in der Schule lediglich 35% der Bildungsanteile erworben werden, die für die gesellschaftliche Integration notwendig sind. Jugendarbeit trägt wesentlich zur Persönlichkeitsbildung von Kindern und Jugendlichen in Form von praktischer, sozialer, ethischer und politischer Bildung bei.

Schule und Bildungssystem stehen in Bayern trotz des besseren Abschneidens in der bundesdeutschen Ländervergleichsstudie von PISA im Kreuzfeuer der gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Die Schule entscheidet wesentlich über den zukünftigen gesellschaftlichen Rang von Kindern und Jugendlichen. Die Kommission zum 11. Kinder- und Jugendbericht spricht von einer gigantischen Fehlsteuerung des bundesdeutschen Bildungs- und Ausbildungssystems, da einerseits der Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften nicht befriedigt wird und andererseits rund 10% der Jugendlichen keinen Arbeitsplatz finden. Sie fordert „mehr Zeit für Bildung ... im Sinne einer Förderung und Anerkennung der außerschulisch erworbenen Kompetenzen“.

katholisch.

politisch.

aktiv.

Wir haben die Wahl und stimmen für ...

- eine Umgestaltung der Schul- und Bildungspolitik in Bayern, die die verschiedenen Bildungsträger miteinander vernetzt, damit sie voneinander lernen und profitieren und die Schülerinnen und Schüler in den Dialog darum mit ein bezieht.
- die Förderung und Anerkennung der außerschulisch erworbenen Kompetenzen und damit die Anerkennung der Wichtigkeit des informellen Lernens in der Freizeit.
- eine Stärkung der Freiwilligendienste als Bildungs- und Orientierungsjahr, die nicht für den Ausgleich personeller Engpässe missbraucht werden.
- ein Engagement der Jugendarbeit im schulischen Kontext, das nicht allein als Betreuungsangebot verstanden wird, sondern vor allem ihre Bildungsaspekte in den Blick nimmt.
- die Öffnung der Schulen für Aktivitäten außerschulischer Bildungsträger unter Achtung ihrer Organisationsprinzipien (z. B. KJHG statt EUG).
- ein Überdenken des Aufbaus des Schulsystems und der daraus resultierenden Ausprägungen (Halbtags- oder Ganztagschule, dreigliedriges Schulsystem, innere Schulgestaltung).
- eine Schule, die SchülerInnen als Subjekte ihrer eigenen Lernprozesse ernst nimmt und auf soziale Kompetenz der Schülerinnen und Schüler setzt.
- Schulen mit kleineren Klassen.
- Schulen, in denen die SchülerInnenmitbestimmung und deren Selbstorganisation keine Fremdkörper sind. Wir wollen die Einbeziehung der Schülerinnen und Schüler in die Gestaltung des Schulalltags.
- dynamische am Lernprozess der SchülerInnen und an den unterschiedlichen Lernzugangsweisen von Mädchen und Jungen orientierte Lehrpläne und Bewertungskriterien.
- eine starke Autonomie der Schule unter Einbeziehung aller Beteiligten.
- das Recht und die Pflicht von LehrerInnen und SchulleiterInnen auf Fort- und Weiterbildung und Supervision und deren ausreichende finanzielle Förderung.
- durchlässige Bildungsinstitutionen von der Grundschule bis zur Hochschule, die die berufliche Bildung einbeziehen und unterschiedlichen biographischen Entwicklungsverläufen Rechnung tragen.
- gleiche Bildungschancen von deutschen und ausländischen Kindern und Jugendliche (Aussiedler-, Flüchtlingskinder und Kinder mit Migrationshintergrund) in Bayern.
- eine Schule, die die Träger außerschulischer Bildungsarbeit, deren Fähigkeiten, Möglichkeiten aber auch Grenzen, bei Konzeptionierungen zur Ganztagesbetreuung mit in den Blick nimmt.

3. Zuwanderung gestalten und Fremdheit überwinden

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Gründe dafür sind das Zusammenwachsen von Europa, die Flucht aus Krisengebieten und Globalisierung. In Deutschland leben 7.336100 AusländerInnen (2002). Daneben werden viele Deutsche aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit als Fremde betrachtet. So leben zum Beispiel in Deutschland 160 000 Menschen jüdischen Glaubens.

katholisch.

politisch.

aktiv.

Der Anschein eines einigermaßen friedlichen Zusammenlebens trügt: Laut einer Studie der Uni Leipzig von 2002 stimmen 43% der Deutschen dem Satz „Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“ zu. 31% aller Westdeutschen fanden, dass „auch heute noch der Einfluss der Juden zu groß ist“. Diese besorgniserregenden Forschungsergebnisse erfordern dringend Handlungsschritte, um Fremdheit zu überwinden und ein gemeinsames Leben von Menschen mit unterschiedlichster Herkunft und Religion zu ermöglichen.

Wir haben die Wahl und stimmen für ...

- ein Zuwanderungsgesetz, das Menschen nicht nur aufgrund ihrer gesellschaftlichen „Verwertbarkeit“ einen Platz in dieser Gesellschaft einräumt.
- die Achtung von Asylanspruch als Menschenrecht - Anerkennung über eindeutige Gesetzgebung.
- volle gesellschaftliche und politische Teilhabe und gleiche Rechte für alle Menschen mit dem Lebensmittelpunkt Deutschland.
- ein friedliches Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen und von Angehörigen unterschiedlicher Religionen.
- die Achtung der Menschenwürde und gegen die Einrichtung von Ausreisezentren. Wir fordern die Schließung des Ausreisezentrums in Fürth und den Verzicht auf weitere Einrichtungen dieser Art.
- die Überprüfung unseres eigenen Lebensstandards im Bewusstsein global ungleich verteilter Lebensbedingungen. Daraus erwachsen Konsequenzen für die eigene und gesellschaftliche Lebensgestaltung, denn nur internationale Solidarität trägt dazu bei, dass Lebenschancen gerecht verteilt und Fluchtursachen wirklich bekämpft werden können.

4. Für die Kinder ist es Armut

In Bayern sind 26,3% der SozialhilfebezieherInnen Kinder. Dies sind 6,5% aller Kinder, die hier leben. Das Armutsrisiko nimmt fast linear mit der Anzahl der Kinder im Haushalt zu. Alleinerziehende, in der Mehrzahl Mütter, sind überproportional häufig von Armut betroffen. Das geringste Armutsrisiko weisen demgegenüber Ehepaare ohne bzw. mit nur einem Kind auf.

Zu dieser finanziellen Armut tritt Bildungsarmut als weitere Form der Armut. Schul- und Bildungsabschlüsse sind entscheidend für Lebenschancen. Untersuchungen haben in den letzten Jahren die „Vererbung von Bildungsdefiziten“ aufgezeigt, das heißt, wenn die Eltern bereits über keine oder mangelnde Schul- und Berufsabschlüsse verfügen, findet sich dies in den Bildungsverläufen ihrer Kinder wieder. PISA hat gezeigt, dass Bildungsarmut auch über die im Schulsystem erworbenen bzw. nichterworbenen Kompetenzen feststellbar ist. 10% der SchülerInnen in der Bundesrepublik erreichen nach der PISA-Studie nicht die Kompetenzstufe 1 und gelten damit als bildungsarm.

Wir haben die Wahl und stimmen für ...

- eine Politik, die verhindert dass Kinder zum Armutsrisiko für Mütter und Väter werden.
- die Beseitigung des gesellschaftlichen Skandals, dass trotz des vorhandenen Reichtums eine große Zahl von Kindern in Armut aufwächst.
- ein Kindergeld in Höhe einer Grundsicherung für jedes Kind.
- die Honorierung der Erziehungsleistung von Müttern und Vätern durch ein existenzsicherndes Erziehungsgeld.

- eine bedarfsgerechte Anzahl von Angeboten außerfamiliärer Erziehung und Bildung und damit für einen Ausbau im Bereich der Kindertagesstätten (Kinderhorte, -gärten, -krippen).
- eine Abschmelzung des Ehegattensplittings zugunsten eines Familiensplittings.
- eine Reform der Rentenversicherung mit dem Ziel auch jungen Menschen mit bezahlbaren Rentenbeiträgen eine eigene ausreichende Altersvorsorge zu ermöglichen.

5. Recht auf Arbeit

5.1. Erwerbsarbeit

Noch immer bestimmt die Erwerbsarbeit, neben dem finanziellen auch den gesellschaftlichen Status des einzelnen. Andere gesellschaftlich notwendige Arbeiten werden gesellschaftlich geringer bewertet. Die prognostizierte und bereits spürbare Spaltung der Gesellschaft in ArbeitsplatzinhaberInnen und Menschen ohne Erwerbsarbeit widerspricht den Grundsätzen von Gerechtigkeit, Recht auf Arbeit und Würde einer Person.

Wir haben die Wahl und stimmen für ...

- eine Erweiterung des Arbeitsbegriffes sowie die solidarische Verteilung von Erwerbsarbeit
- eine adäquate Anerkennung aller gesellschaftlich notwendigen Arbeiten: Die Kombination von Erwerbsarbeit, bürgerschaftlichem Engagement und Eigenarbeit soll die Grundbedürfnisse befriedigen: Existenzsicherung, Selbstentfaltung, Sinnstiftung und gesellschaftliche Teilhabe.
- Erhöhung des Angebots an Teilzeitarbeitsplätzen gerade auch in qualifizierten Berufsfeldern für Frauen und Männer, Überstundenverbot, Ermöglichung freiwilliger Arbeitszeitreduzierung bei unmittelbarer Arbeitsplatzneuschaffung; Arbeitszeitkonten/„Arbeitszeittöpfe“, in die freiwillig Arbeitsstunden zur Umverteilung abgegeben werden können.

5.2. Situation der Jugendlichen

Auch eine Jugendarbeitslosenquote von 4% bzw. 6,7% (unter 20-J. bzw. unter 25-J., 12/2002) in Bayern ist noch zu hoch. Gerade in dieser Altersphase ist zur Identitätsbildung und zur Bewältigung eigener Unsicherheit, angesichts der wachsenden, schwer überblickbaren Möglichkeiten zur Lebensgestaltung, ein stabiler Arbeitsplatz unabdingbar.

Wir haben die Wahl und stimmen für ...

- pädagogische Angebote zur Orientierung, Begleitung und Unterstützung junger Menschen während Ausbildung und Übergang zur Erstbeschäftigung.
- effiziente Förderung benachteiligter Jugendlicher.
- Sicherstellung eines differenzierten Angebots an Ausbildungsplätzen und einer anschließenden Erstbeschäftigung für alle Jugendliche.
- gezielte Förderung der Selbständigkeit, um die Eigenverantwortung von jungen Menschen zu stärken und Abhängigkeiten von einzelnen Arbeitgebern abzuschwächen.

5.3. Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Der Erwerbsarbeitsmarkt ist in Bezug auf Bezahlung und Status weiterhin stark geschlechtshierarchisch geprägt. Darüber hinaus müssen sich nach wie vor viele

katholisch.

politisch.

aktiv.

Mütter und Väter auf Grund der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und des damit verbunden Rollenverständnisses sowie der immer noch unterschiedlichen Bezahlung in Männer- und Frauenberufen kategorisch für Familien- oder Erwerbsarbeit entscheiden. Dies widerspricht der Geschlechtergerechtigkeit und dem Anspruch der Kinder auf die Erziehung durch Mutter und Vater.

Wir haben die Wahl und stimmen für ...

- hälftige Arbeitsteilung aller gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten zwischen Männern und Frauen.
- existenzsicherndes Erziehungsgeld sowie Kindergeld als Kindergrundversicherung.
- Regelangebot auf Arbeitszeitreduzierung für beide Eltern bei Kinderbetreuung bis zum 14. Lebensjahr des Kindes.
- verbesserte Betreuungsangebote für Kinder (Krippe, Kindergarten, Hort).
- die gesellschaftliche Anerkennung der Erziehungstätigkeit von Vätern.

6. Erhalt und Entwicklungsfähigkeit der natürlichen Lebensgrundlagen

Kinder und Jugendliche haben als MentorInnen künftiger Generationen einen Anspruch auf die Erhaltung und Entwicklungsfähigkeit der natürlichen Lebensgrundlagen. Darüber hinaus verstehen wir ChristInnen uns als FürsprecherInnen der Natur, der als Schöpfung Gottes ein Eigenwert immanent ist. Insbesondere nach den enttäuschenden Resultaten des Weltgipfels von Johannesburg fordern wir die bayerischen PolitikerInnen erneut zum Handeln auf!

6.1. Energie

Die Probleme der aktuellen Energieversorgung (von Menschen verursachte Klimaveränderungen, Endlichkeit fossiler Energieträger, Risikopotenzial der Atomenergie) werden zunehmend in ihren katastrophalen Auswirkungen spürbar.

Wir haben die Wahl und stimmen für ...

- die aktive Förderung von Energieeinsparung und Effizienzsteigerung sowohl auf der Angebots- wie Nachfrageseite.
- die gezielte Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energiequellen.
- den sofortigen Ausstieg aus der Kernenergienutzung.
- die Energieversorgung öffentlicher Einrichtungen im Sinne obiger Kriterien.
- die Weiterentwicklung der Ökosteuer (Besteuerung der Primärenergieträger, Internalisierung externer Kosten, Streichung der Ausnahmeregelungen).

6.2. Verkehr

Mobilitätsdruck und das damit verbundene Transportaufkommen nehmen weiter zu. Zukunftsfähige Verkehrspolitik versucht, die negativen Auswirkungen (CO₂-Ausstoß, Waldschäden, Sommersmog, Lärmbelästigung, Flächenverbrauch, Müllaufkommen) zu minimieren.

Wir haben die Wahl und stimmen für ...

- eine Verkehrsvermeidungspolitik: Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe; mobilitätssparende, raumplanerische Gestaltung von Wohnen, Arbeiten und Freizeit.
- den flächendeckenden Ausbau und die Förderung eines öffentlichen Personennah- sowie Regionalverkehrs

- attraktive Fahrpreise im öffentlichen Personennah-, Regional- und Fernverkehr.
- die Präferenz von Schiene vor Straße.
- eine an der Höhe der Schadstoffemissionen ausgerichtete KfZ-Steuer.
- die Einführung einer wirksamen emissionsabhängigen Straßenbenutzungsgebühr für LKW.
- die Besteuerung des Flugbenzins gemäß der externen Kosten, Abschaffung der Mehrwertsteuerbefreiung für Flugverkehr.
- den Verzicht auf den Bau der Transrapidstrecke zum Münchner Flughafen und die sinnvolle Verwendung der dafür vorgesehenen Mittel zur Reparatur des bestehenden bayerischen Schienennetzes.
- den Stopp des Ausbaus des Münchener Flughafens (3. Startbahn) und ein bundesweit gesetzlich geregeltes Nachtflugverbot.

6.3. Abfall- und ökologische Stoffwirtschaft

Zukunftsfähige Politik in diesem Bereich erfordert in erster Linie Vermeidung von Müll und die Reduzierung von Stoff- und Energieeinsatz in den Produktionsprozessen. Das Prinzip der Nachhaltigkeit kann durch ressourcenschonende Produktion und schadstoffarme Entsorgung konkretisiert werden.

Wir haben die Wahl und stimmen für ...

- eine Stärkung ökologischer und sozialverträglicher Produktionsbedingungen.
- eine deutliche Erhöhung nachprüfbarer Wiederverwertungsquoten von Wert- und Abfallstoffen.
- Wiederverwertung vor Neuanschaffung.
- eine integrierte Produktpolitik, die den gesamten „Lebensweg“ eines Produktes in die Kostenberechnungen einbezieht.
- die konsequente Beachtung der Beseitigungsautarkie (bayerischer Müll muss in Bayern umweltschonend entsorgt werden).
- die volle Haftung von Städten und Gemeinden für in ihrem Einzugsbereich entstandenen Müll.

6.4. Landwirtschaft

Bauernsterben einerseits, Lebensmittelskandale sowie Umweltbelastungen andererseits machen deutlich, welcher Stellenwert einer Wende in der Agrarpolitik zukommt.

Wir haben die Wahl und stimmen für eine Agrarpolitik, die ...

- auf die Erhaltung der überwiegend kleinräumigen landwirtschaftlichen Betriebsstruktur hinwirkt.
- sich 100% ökologischen Landbau zum Ziel setzt und auch 100% ökologischen Verbrauch fordert.
- durch eine arbeitskraftorientierte Förderung alle landwirtschaftlichen Funktionen monetär honoriert: umweltverträgliche Lebensmittelerzeugung, Naturschutz und Landschaftspflege, Bereitstellung nachwachsender Rohstoffe, Naherholung.
- regionale Wirtschaftskreisläufe fördert (Futtermittelproduktion, Tier- und Pflanzenzucht, Entsorgung tierischer Ausscheidungsprodukte und abgestorbenen Pflanzenmaterials sowie Vermarktung möglichst betriebseigen bzw. -nah).

katholisch.

politisch.

aktiv.

- Zuchtproblemen nicht mit Gentechnik sondern mit dem Erhalt einer umfangreichen genetischen Diversität alter Tierrassen und Pflanzensorten als Zuchtpotential begegnet.
- konsequenten Schutz der unbelebten Ressourcen (z. B. Wasser, Luft, Boden, Klima) betreibt.
- artgerechte Tierhaltung sicherstellt.
- Lebensmittel ohne Hormon-, Antibiotika- und Pflanzenschutzmittelrückstände in Erzeugung, Vertrieb und Import garantiert.

7. PolitikerInnenprofil

Die 14. Shell-Jugendstudie stellt fest, dass sich nur noch 30% der Jugendlichen zwischen 12 und 25 Jahren als politisch interessiert bezeichnen. Im Jahr 1991 lag diese Zahl noch bei 55%. Des weiteren trauen nur 37 % der Jugendlichen den etablierten Parteien Problemlösungs-kompetenz zu. Jugendliche brauchen gerade in der Politik Vorbilder und mehr PolitikerInnen, denen sie ihr Vertrauen schenken können.

Wir haben die Wahl und stimmen für PolitikerInnen, die...

- Fachkompetenz beweisen.
- für Kinder und Jugendliche als authentische Persönlichkeiten erlebbar sind.
- ihre Ideale im Politikalltag nicht aus den Augen verlieren.
- engagiert für die Anliegen von Kindern und Jugendlichen und der Kinder- und Jugendverbände eintreten.
- sich für die Realisierung von Geschlechtergerechtigkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen einsetzen.
- Politik als Streben nach dem Bestmöglichen verstehen und ihr Handeln nicht nur am Zeitturnus von Wahlen orientieren.
- für ihre Leistung und Verantwortung gut honoriert werden, aber auf Ämter und Honorare aus anderweitigen Positionen (Aufsichtsräten und Kuratorien) während ihres Mandates, verzichten und deren Altersvorsorge ins solidarische System der Rentenversicherung integriert ist.
- christliche und humanitäre Werte nicht nur Schlagworte sondern als Handlungsmaxime verstehen.
- die sich für gegenseitiges Kennenlernen und Akzeptanz der hier lebenden Menschen einsetzen, um Fremdheit zu überwinden.

katholisch.

politisch.

aktiv.